

ten werde. Die zusätzlichen Kohlelieferungen sind besonders wichtig für Shanghai sowie die Provinz Guangdong, wo die Kohle rar ist, der Verbrauch jedoch hoch.

Eine Tonne Kohle kann ca. 3.000 Yuan an industriellem Bruttoproduktionswert in Shanghai und Guangdong produzieren, das ist zehnmal so viel wie der nationale Durchschnitt.

Die Knappheit an Energie steht in scharfem Widerspruch zu der Provinz Shanxi mit einem ?? in Nordchina, die 20% der gesamten Kohle der Volksrepublik liefert. 60% des Ausstoßes in Shanxi liegt wegen begrenzter Transportmöglichkeiten in Shanxi auf Halde. Mit dem Bau einer elektrifizierten Eisenbahnstrecke, die die Provinz Shanxi mit dem Hafen von Qinhuangdao verbinden wird, würde diese Haldenproblem beseitigt werden.

Qinhuangdao ist einer der ältesten Häfen in China. Die jährliche Verladekapazität erreichte bis 1949 noch nicht einmal 1 Mio.t. (CD, 3.5.90) -lou-

*(31)

Bauern sollen entlastet werden

Nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums sind die Provinzbehörden in der Volksrepublik angewiesen worden, die Bauern von zusätzlichen Gebühren zu entlasten. Gegenwärtig müssen Chinas Bauern mehr als 10% ihres Einkommens ausgeben, um Gebühren zu zahlen, die von den örtlichen Behörden für die verschiedensten sozialen und öffentlichen Ausgaben erhoben werden. Die Zentralregierung hatte nur 5% der Einnahmen erlaubt.

21 Provinzen haben bereits Untersuchungen angestellt. In 28 Provinzen, autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städten sind spezielle Agenturen errichtet worden, um die Durchführung der Politik des Staatsrates zu überwachen.

Im Jahre 1989 gaben die Bauern durchschnittlich 7,67% ihres Einkommens für solche Dinge aus wie beispielsweise Familienplanung, lokale Schulen, den Bau von Transporteinrichtungen, die Unterhaltung von Problemfamilien, Bewässerungsanlagen sowie Verwaltung. Nach Angaben des Staatsrates sind die Bauern für diese Aktivitäten verantwortlich.

Die Art der Aktivitäten, für die die Bauern belastet wurden, gingen jedoch über diese Aufgaben hinaus. Man schätzt sogar, daß die Bauern in armen Gebieten nahezu 20% ihres Einkommens auf diese Weise ausgeben müssen.

Das Ergebnis einer Untersuchung war, daß die Bauern mit 131 verschiedenen Gebühren belastet wurden. Einige dieser Gebühren seien lächerlich. So betragen beispielsweise die Heiratsgebühren in einigen Gebieten zwischen 700 oder 800 Yuan. Diese Gebühren schließen die Kosten für eine Heiratsurkunde, eine ärztliche Untersuchung (50 Yuan), eine Versicherungsgebühr für die Liebe des Ehepaares (???) sowie eine Steuer für das Töten von Schweinen, die für die Bewirtung der Gäste benötigt werden.

Im Jahre 1987 hatten die Bauern in China ein durchschnittliches jährliches Einkommen von 423 Yuan pro Person. 1989 war dieses persönliche Einkommen auf durchschnittlich 522 Yuan angestiegen.

Im Jahre 1987 mußte jeder Farmer schätzungsweise 23,8 Yuan für öffentliche Angelegenheiten oder Dienstleistungen zahlen; im Jahre 1989 waren 37,1 Yuan zu zahlen.

In wirtschaftlich entwickelten Gebieten seien Kollektivunternehmen in der Lage, einen Teil der Gebühren für die Bauern zu zahlen. In armen Gebieten könnten die Bauern jedoch die Gebühren nicht länger tragen. (CD, 25.5.1990) -lou-

Taiwan

*(32)

Die neue Formation der Regierung

Am 20.Mai wurde Li Denghui (Lee Teng-hui, 67) als 8.Präsident der Republik China gemäß der Verfassung von 1947 vereidigt. Wie bereits berichtet (C.a., März 1990, U 47, S.204), wurde er am 21.März d.J. durch die Nationalversammlung wieder in sein Amt gewählt, das er nach dem Tod seines Vorgängers Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) im Januar 1988

übernommen hatte. Mit der Zustimmung des Gesetzgebungs Yuan ernannte er am 29.Mai General Hao Bocun (Hau Pei-tsun, 71) offiziell zum Präsidenten des Exekutiv Yuan (Ministerpräsidenten).

Vor seiner neuen Ernennung war General Hao acht Jahre lang Generalstabschef und seit letztem November Verteidigungsminister, er wurde als der starke Mann des Militärs und "Risikofaktor" für die politische Demokratisierung in Taiwan betrachtet. Als Li Denghui am 2.Mai die Ernennung Haos zum neuen Ministerpräsidenten ankündigte, löste dies eine Reihe von Protesten seitens der Studenten und Intellektuellen gegen diese Entscheidung aus. Auf dem Höhepunkt demonstrierten am 20.Mai, dem Tag der Amtsvereidigung Li Denghuis als neuer Präsident, in der Hauptstadt zehntausend Menschen mit den Parolen "Anti-Militärkabinett" und "gegen Einmischung des Militärs in die Politik". Am 29.Mai, als im Gesetzgebungs Yuan die Abstimmung über die Ernennung General Haos zum Ministerpräsidenten stattfand, herrschte in der Stadt eine chaotische Situation. Zahlreiche Autos und Häuser wurden zerstört, 30 Personen einschließlich acht Polizisten und zwei Journalisten wurden verletzt und 13 radikale Demonstranten verhaftet. Um das Gebäude des Gesetzgebungs Yuan standen starke Sicherheitstruppen großen Demonstrationen gegenüber. Im Haus stritten die Abgeordneten der Regierungspartei und die der Opposition miteinander fast den ganzen Tag lang. Es kam auch zu Handgreiflichkeiten. Zur Beruhigung der Lage wurden Polizeitruppen in den Sitzungssaal geholt. Erst nach über sieben Stunden konnte die Abstimmung zu Ende gebracht werden. Von den 228 anwesenden Abgeordneten bekam Hao 186 (81,58%) Stimmen, 27 hatten gegen ihn gestimmt. Noch am folgenden Tag wurde das neue Kabinett zusammengestellt.

Neben dem des Regierungschefs sind 11 Ministerämter neu besetzt: Außenminister Qian Fu (Fredrick Ch'ien), Verteidigungsminister Chen Li'an (Ch'en Li-an), Finanzminister Wang Jianxuan (Wang Chien-shien), Wirtschaftsminister Xiao Wanchang (Vincent Siew), Vorsitzende des Komitees für wirtschaftliche Planung und Entwicklung Frau Guo Wanrong (Shirley

Kuo), Direktorin des Amts für Gesundheitswesen Frau Zhang Boya (Chang Po-ya), Vorsitzender des Komitees für Atomenergie Xu Yiyun (Y.Y. Hsu), Minister ohne Geschäftsbereich Wu Boxiong (Wu Poh-hsiung), Huang Shicheng (Huang Shih-cheng).

Weiter im Amt bleiben Vizeministerpräsident Shi Qiyang (Shih Ch'i-yang), Innenminister Xu Shuide (Hsu shui-teh), Bildungsminister Mao Gaowen (Mao Kao-wen), Justizminister Lü Youwen (Lu You-wen), Verkehrsminister Zhang Jianbang (Clement Chang), Vorsitzender des Komitees für mongolische und tibetische Angelegenheiten Wu Huapeng (Wu Hua-peng), Vorsitzender des Komitees für die Angelegenheiten der Überseechinesen Zeng Guangshun (Tseng Kwang-shun), Minister ohne Geschäftsbereich Wang Zhaoming (Wang Chou-ming, gleichzeitig Generalsekretär des Kabinetts), Zhang Jianban (Chang Clement C. P.), Guo Nanhong (Kuo Nan-hung), Huang Kunhui (Huang Kun-hui), Vorsitzender des Komitees für Landwirtschaft Yu Yuxian (Yu Yu-hsien), Vorsitzender des Komitees für Arbeiter Zhao Shoubo (Chao Shou-po), des Komitees Vorsitzender für Forschung, Entwicklung und Bewertung Ma Yingjiu (Ma Ying-jeou), Direktor des Amts für Umweltschutz Jian Youxin (Eugene Chien), Direktor des Komitees für Kulturaufbau Guo Weifan (Kuo Wei-fan), Direktor des Nationalen Komitees für Wissenschaften Xia Hanmin (Hsia Han-min), Vorsitzender des Komitees für Beschäftigung von Militärangehörigen a.D. Xu Linong (Hsu Li-nung), Vorsitzender des Komitees für Jugend Jiang Jiaying (Chiang Chia-hsing), Direktor des Presseamts Shao Yuming (Shaw Yu-ming), Direktor des Personalamts Bo Dahai (Pu Ta-hai), Direktor des Amts für Budget, Rechnung und Statistiken Yu Jian-min (Yu Chien-ming).

Außerdem wurde Lian Zhan (Lien Chan) zum neuen Gouverneur der Provinzregierung Taiwan, Huang Dazhou (Huang Ta-chou) und Wu Dunyi (Wu Tun-yi) zu neuen Bürgermeistern der provinzfür freien Städte Taipei und Kaohsiung (Gaoxiung) ernannt.

Bei der Teilumbildung der Regierung handelt es sich in erster Linie um Postenverschiebungen. Es gibt nicht viele neue Gesichter. Auffällig ist die Aufnahme von zwei parteilosen Opposi-

tionspolitikern ins Kabinett, nämlich Huang Shicheng als neuer Minister ohne Geschäftsbereich und Frau Zhang Boya als neue Direktorin des Amts für Gesundheitswesen. Überraschend auch die Übernahme des Ministeramts für Verteidigung durch einen jüngeren zivilen Politiker, Chen Li'an (53), der davor Wirtschaftsminister war. (LHB, 30.-31.5.90; CP, 31.5.90; Zili Zhoubao, 8.6.90) -ni-

*(33)

Präsident Li Denghui kündigt radikale Reformen an

Der alte und neue Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) hat am 20. Mai in einer Rede anlässlich seines Amtsantritts einen radikalen Reformkurs angekündigt. Er hofft, in Kürze die "Periode der Mobilmachung zur Bekämpfung der (kommunistischen) Rebellion" zu beenden. Damit sollen auch die sogenannten provisorischen Verfassungsartikel für diese Periode automatisch aufgehoben werden, die von der Nationalversammlung zuerst im April 1948 angesichts des Bürgerkrieges gegen die chinesischen Kommunisten verabschiedet und später in Taiwan mehrmals ergänzt wurden. Sie suspendieren zahlreiche demokratische Verfassungsbestimmungen und statten den Präsidenten mit großer Machtvollkommenheit zur Bewältigung politisch und wirtschaftlich bedrohlicher Situationen aus. In der Vergangenheit wurden sie aber häufig als Mittel gegen andere Oppositionelle mißbraucht.

Ferner versprach der Präsident, die Regierungsstruktur zur Festigung der Demokratie zu verändern. Dabei handelt es sich um eine volle Erneuerung der vor über 40 Jahren zum ersten und auch zum letzten Male gewählten nationalen Parlamentsorgane und eine Vervollständigung der lokalen Selbstverwaltung, vor allem auf der Provinzebene. Er bot den chinesischen Kommunisten gleichberechtigte Verhandlungen zuerst über kulturellen Austausch und Handel und dann auch über die Vereinigung Chinas an, wenn Beijing die Demokratie und die freie Marktwirtschaft einführen, auf Waffenanwendung gegen Taiwan verzichten und die Beziehungen Taiwans zum Ausland nicht stören würde.

Lis Vorschlag an Beijing bedeutet keine große Sensation, weil noch vor dem erneuten Amtsantritt seine Ideen von "duideng tanpan" (gleichberechtigte

Verhandlungen) oder "yiguo liangfu" (ein Staat, zwei Regierungen) bereits in Gesprächen mit einzelnen Abgeordneten und durch die Medien verbreitet worden waren. Beijing hat diese wiederholt abgelehnt und warf Taiwan vor, eine Politik zweier chinesischer Staaten zu betreiben. Auf einer Pressekonferenz forderte Li die Regierung Beijing für den Frieden dazu auf, den Eintritt Taipeis ins GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) nicht zu verhindern und die Truppen gegenüber Taiwan um 300 km zurückzuziehen.

Einen großen Versöhnungsakt bereitete Li der Opposition Taiwans. Am Tag seines neuen Amtsantritts begnadigte er überraschend 27 Dissidenten, die eine Strafe wegen "Rebellion" verbüßten. Dies führte zur Entlassung so prominenter Dissidenten wie Xu Xinliang und Shi Mingde aus dem Zuchthaus; Huang Xinjie und Zhang Junhong, Vorsitzender bzw. Generalsekretär der größten Oppositionspartei Minjindang (Demokratisch-fortschrittliche Partei), die bereits früher auf freien Fuß gesetzt worden waren, erhielten den Status von Aktivbürgern zurück, d.h. sie haben wieder das passive Wahlrecht und dürfen auch bestimmten freien Berufen wie z.B. Rechtsanwalt nachgehen. Zahlreiche Regierungsgegner in Taiwan wie im Exil werden zur Teilnahme an einer Konferenz für Nationale Angelegenheiten (Guoshi huiyi) eingeladen, die vom 28. Juni bis 2. Juli in Taipei stattfinden wird zur Diskussion über politische Reformen einschließlich Erneuerung der nationalen Parlamentsorgane, Vervollständigung der lokalen Selbstverwaltung, Umstrukturierung des Systems der zentralen Regierung, Verfassungsänderung und neuer Orientierung der Politik gegenüber dem chinesischen Festland. (LHB, 18.-23.5.90; ZYRB, 17.-24.5.90) -ni-

*(34)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Guinea-Bissau

Zwischen der Republik China (Taiwan) und dem westafrikanischen Staat Guinea-Bissau wurden am 26. Mai volle diplomatische Beziehungen aufgenommen. In einem zwischen Außenminister Lian Zhan (Lien Chan) und seinem Amtskollegen Julio Semedo in Taipei unterzeichneten Kommuniquo

heißt es, daß beide Seiten "zu entsprechender Zeit" Botschaften errichten werden. (LHB, 27.5.90; ZYRB, 28.5.90; FCJ, 31.5.90). Zur Zeit unterhält die Republik Guinea-Bissau noch volle diplomatische Beziehungen mit der VR China.

Wie berichtet, hat Taiwan seit dem vergangenen Jahr einen neuen Kurs der "flexiblen" (Tanxing) oder "pragmatischen" (Wushi) Diplomatie eingeschlagen, d.h. Abrücken vom Anspruch auf Alleinvertretung für Gesamtchina. Offiziell oder verbal hält man zwar nach wie vor am Ein-China-Prinzip fest, aber man ist auch bereit, diplomatische Beziehungen zu jenen Regierungen aufzunehmen, die offizielle diplomatische Beziehungen mit Beijing unterhalten.

Diese neue Außenpolitik zeigt ihre Wirkung in zahlreichen kleinen und armen Ländern, weil Taiwan neben seiner flexibleren Haltung noch großzügige Entwicklungshilfe anbietet. Guinea-Bissau ist das fünfte Land, das gleichzeitig zwei chinesische Regierungen, Beijing und Taipei, anerkannt hat. Davor hatten Grenada, Liberia, Belize im letzten Jahr und Lesotho im April d.J. trotz ihrer diplomatischen Beziehungen zu Beijing offizielle Beziehungen auch zu Taiwan aufgenommen. Beijing, das am Anspruch auf die Alleinvertretung für China einschließlich Taiwans noch festhält, brach aus Protest die diplomatischen Beziehungen zu diesen Staaten ab. Ein Abbruch der Beziehungen Beijings zu Guinea-Bissau wird ebenfalls erwartet. (Nach Redaktionsschluß hat Beijing am 5. Juni seine diplomatischen Beziehungen zu Guinea-Bissau abgebrochen.)

Zur Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen war eine Delegation von Guinea-Bissau unter der Leitung des Vize-Außenministers und des Vize-Finanzministers bereits am 8. Mai in Taipei eingetroffen. Außenminister Semedo, der am 15. Mai zur Unterzeichnung des Dokuments in Taipei erwartet wurde, hielt erstaunlicherweise den Termin nicht ein. Er blieb über eine Woche länger in Hongkong, um - laut Presseberichten - im letzten Moment den "Preis" für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nochmals zu erhöhen. Zur Frage von Journalisten über den tatsächlichen "Preis" verweigerten beide Außenminister eine konkrete Antwort.

Semedo bezeichnete die Zusammenarbeit beider Seiten als "sehr umfangreich" und Lian sprach von Hilfe im Agrar-, Fischerei- und Kunsthandwerksbereich. Finanzhilfe in Form von Krediten an Guinea-Bissau wurde von Lian dementiert.

Zusammen mit Guinea-Bissau unterhält Taiwan zur Zeit mit 28 Staaten diplomatische Beziehungen: fünf im asiatisch-pazifischen Raum (Südkorea, Tonga, Nauru, Tuvalu, Salomon-Inseln), eine im Mittleren Osten (Saudi-Arabien), sechs in Afrika (Südafrika, Malawi, Swasiland, Liberia, Lesotho, Guinea-Bissau), eine in Europa (Vatikanstadt), 15 in Lateinamerika (Costa Rica, Dominika, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Panama, Paraguay, St. Christopher und Nevis, St. Lucia, Uruguay, St. Vincent und die Grenadinen, Grenada, Belize). -ni-

Hongkong und Macau

*(35)

Ehemaliger Vertreter Beijings in Hongkong setzte sich in die USA ab

Der ehemalige Direktor der Hongkonger Zweigstelle der amtlichen chinesischen Presseagentur "Xinhua" (Neues China), Xu Jiatur (74), hat sich überraschend in die USA abgesetzt. Seit 1983 (6 Jahre und 8 Monate) hatte Xu dieses Amt inne, das als höchste Vertretung Beijings in der britischen Kolonie gilt. Erst im Februar d.J. wurde Xu von Zhou Nan abgelöst. Anfänglich wollte Beijing zur Nachricht über Xus Aufenthalt in den USA keinen Kommentar abgeben, dann aber wurde erklärt, daß er dort einen "Erholungsurlaub" mache. Xu hält sich noch versteckt, aber sowohl von Freunden als auch von seiten der US-Regierung wurde bestätigt, daß er sich tatsächlich in Kalifornien befindet. Von politischem Asyl Xus in den USA ist bisher nicht die Rede. Man ist aber sicher, daß die chinesische Führung in Beijing in Xus "Urlaubsreise" in die USA nicht eingewilligt hat.

Xu war 52 Jahre lang Mitglied der KPCh. Vor seiner Ernennung zum Direktor der *Xinhua*-Zweigstelle in

Hongkong hatte er das Amt des 1. Sekretärs der KPCh in der Provinz Jiangsu bekleidet. Bis 1985 war er auch Mitglied des ZK der KPCh, bevor er dann zum Mitglied des Parteibeirats berufen wurde. Darüber hinaus wurde er 1988 zum Mitglied des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses gewählt. Er galt als Vertrauter von Deng Xiaoping, Zhao Ziyang und Hu Yaobang. Während seiner Amtszeit in Hongkong wurde die sino-britische Vereinbarung von 1984 über die Zukunft Hongkongs unterzeichnet und das Grundgesetz Hongkongs als künftige Sonderverwaltungszone der VR China ab 1997 entworfen. Trotz aller Dispute zwischen Beijing auf der einen Seite und London und Hongkong auf der anderen, hat er nach allgemeiner Meinung seine Aufgabe, den Einwohnern der britischen Kolonie die Angst vor der Zeit nach 1997 zu vermindern, gut erfüllt. Besonderes Vertrauen hatte er bei den Unternehmern Hongkongs gewonnen. Auch viele einheimische Intellektuelle mochten seine Offenheit und Zugänglichkeit. Mehrmals hat er in Reden und Artikeln den modernen Kapitalismus positiv bewertet.

Zwischen Mai und Juni des vergangenen Jahres gingen Millionen Einwohner Hongkongs, einschließlich Xus Mitarbeitern und Angehörigen anderer chinesischer Firmen, zu Demonstrationen auf die Straße, um die Demokratiebewegung zu unterstützen. Xu hat auch persönlich mit den Hungerstreikenden vor seinem Bürohaus Gespräche geführt. Seit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in China am 4. Juni 1989 hat es immer Gerüchte über Xus Ablösung gegeben. Gleichzeitig äußerte er sich dahingehend, in den Ruhestand treten zu wollen. Er schlug öffentlich Ye Xuanping, Gouverneur der Provinz Guangdong, als seinen Nachfolger vor. Doch stattdessen ließ Beijing ihn, wie gesagt, durch Vizeaußenminister Zhou Nan ablösen. In seiner Rede auf dem Empfang anlässlich seines Amtsantritts erwähnte Zhou seinen Vorgänger und dessen Leistung in Hongkong mit keinem Wort. Xu beantragte, nach seiner Pensionierung ein Institut zwecks Forschung über den Kapitalismus in der an Hongkong angrenzenden Wirtschaftszone Shenzhen gründen zu dürfen. Dies wurde von der chinesischen Führung ebenfalls abgelehnt. Seine oben genannte Einstellung zum Kapitalismus soll von den alten, konservativen Funktionären in der gegenwärtigen Führung scharf kritisiert worden sein.